

N i e d e r s c h r i f t

IR/009/2016

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Integrationsrates der Stadt Rheine
am 23.02.2016**

Die heutige Sitzung des Integrationsrates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:05 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Kamal Kassem

Integrationsratsvorsitzender

Mitglieder:

Frau Emine Dursun		Integrationsratsmitglied
Herr Gabilan Ganesalingam		Integrationsratsmitglied
Herr Saravanamuthu Thayakaran		Integrationsratsmitglied
Frau Tülay Tiryaki	ab 17:15 Uhr	Integrationsratsmitglied
Frau Helena Wirt		Integrationsratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied

Vertreter:

Frau Natalia Ilenzeer	Vertretung für Herrn Ahmad Hammudeh
Herr Nael Kassab Bachi	Vertretung für Herrn Ahmet Beyaz
Herr Thanuharan Ravirajah	Vertretung für Frau Sithira Rajendran

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann
Frau Christa Heufes
Frau Walburga Yügrük

Fachbereichsleiter FB 2
PV Fachstelle Migration
Schriftführerin

Gäste

Herr Alfred Franz

Gesellschaft für Sicherheits-
politik e. V.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung am 14.01.2016

0:02:50

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Information der Verwaltung

0:03:10

Herr Gausmann erklärt, der Innenminister des Landes NRW habe angeordnet, dass die Kommunen, die ihre sog. Quote bereits erfüllt haben - dazu gehört Rheine auch - derzeit keine weiteren Zuweisungen des Landes bekommen. Es gab im Februar d. J. lediglich eine Familienzusammenführung, und es wurden einige Folgeantragsteller aufgenommen. Dadurch sei Rheine z. Z. bei der Unterbringung der Flüchtlinge entlastet worden. Bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen in der Dille und in der bisherigen Polizeistation hoffe man, dass diese Unterkünfte in den nächsten Tagen bezugsfertig seien.

Vorbereitungsklassen für junge Flüchtlinge seien seit dem 01.02.2016 in den weiterführenden Schulen eingerichtet worden. Ein Gespräch mit den Schulträgern und der Schulaufsicht zum Thema Sprachförderunterricht in den Kitas habe ebenfalls stattgefunden. Auch hier werde man die gesetzlichen Anforderungen trotz einiger Engpässe so gut wie möglich erfüllen. Es gebe z. Z. bei den Bildungsträgern 12 sog. Brückengruppen. Hier würden mit den Flüchtlingskindern im Kindergartenalter zwei- bis dreimal wöchentlich Sprachförderangebote in spielerischer Form durchgeführt. Man werde in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Ergänzung der Richtlinien für diese Spielgruppen erörtern, um diese Projekte in Zukunft nicht nur mit Landesmitteln sondern auch mit eigenen Mitteln intensivieren zu können. Evtl. könnten auch Angebote dahingehend entwickelt werden, dass Eltern gemeinsam mit ihren Kindern an pädagogisch gelenkten Spielgruppen mit Sprachförderung teilnehmen könnten.

3. Bericht der Verwaltung

0:07:40

Hierzu gibt es keine Berichterstattung.

4. Nachbesetzung eines/einer Sachkundigen Bürgers/Bürgerin für den Stadtentwicklungsausschuss

0:08:00

Herr Kassem teilt mit, Frau Dursun sei als Sachkundige Bürgerin für den STEWA zurückgetreten, deshalb sei eine Nachbesetzung dieser Position notwendig.

Auf Rückfragen erläutert Herr Gausmann kurz die Aufgaben des STEWA und erklärt, dieser für die Stadtentwicklung wichtige Ausschuss tagt relativ häufig. Es handele sich um einen Ausschuss der auch für die Belange von Personen mit Migrationshintergrund von zentraler Bedeutung sein könne. Überwiegend beschäftige man sich mit planungsrechtlichen Aufgaben, z. B. Entwicklung der General-Wever-Kaserne, Radwegeplanung usw. Es sei sinnvoll, auch eine zweite Person als Vertreter/in zu benennen, damit die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen sichergestellt sei.

Herr Kassem erklärt, es müsse nicht unbedingt jemand vom Integrationsrat dort vertreten sein, es könne auch generell jemand aus dem Kreis der Migranten als Sachkundiger Bürger an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Herr Gausmann bestätigt, der Integrationsrat schlage lediglich Personen für eine Mitarbeit vor.

Herr Berardis bittet jedoch darum, zu dieser Frage vorab anhand der Gemeindeordnung zu klären, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Sachkundiger Bürger eingesetzt zu werden.

Auch Herr Gausmann ist dafür, die Bedingungen zunächst genau prüfen zu lassen und den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verschieben. Das Ergebnis der Überprüfung werde den Teilnehmern mit der Einladung zur nächsten Sitzung mitgeteilt.

Beschluss:

Der TOP 4 "Nachbesetzung eines/einer Sachkundigen Bürgers/Bürgerin für den Stadtentwicklungsausschuss" wird auf die nächste Sitzung vertagt. Die Voraussetzungen für den Einsatz eines Bürgers mit Migrationshintergrund als Sachkundiger Bürger werden anhand der GO geprüft. Das Ergebnis wird in der Einladung zur kommenden Sitzung mitgeteilt.

5. Vorstellung von zwei Projekten als Beitrag zur Integration jugendlicher Flüchtlinge

0:16:20

Herr Kassem begrüßt Herrn Alfred Franz, Sektionsleiter für Rheine bei der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, der früher bereits jahrelang im Bereich der Städtepartnerschaft mitgewirkt habe und bittet ihn, über seine Aktivitäten zu berichten.

Herr Franz gibt zunächst einen kurzen Überblick über seinen persönlichen Werdegang (Jahrgang 1940, Abitur in Burgsteinfurt, danach 3 Jahre Bundeswehrzeit) - Daraus erkläre sich auch, weshalb die Gesellschaft für Sicherheitspolitik u. a. mit allen Vereinen zusammenarbeite, die aus dem Bereich der ehemaligen Bundeswehr noch existieren.

Herr Franz berichtet zunächst über die Ausstellung "Der Weg zur deutschen Einheit", die 2015 in drei weiterführenden Schulen in Rheine gezeigt wurde und die inzwischen auch in einer arabischen Fassung vorliege. Dann erläutert er ein geplantes Integrationsprojekt, das für ältere ausländische Jugendliche gedacht sei, die langfristig hier in Rheine zu Hause sein werden. Anhand der Gegenüberstellung der deutschen und arabischen Fassung der Ausstellung könne man z. B. sehr gut darstellen, dass die Einigung Deutschlands nur möglich geworden sei durch eine Verständigung mit allen Nachbarn Deutschlands und mit den sog. Kriegssallierten des 2. Weltkrieges. Erst durch eine internationale Verständigung aller dieser Partner habe Deutschland 1990 nach mehr als 40 Jahren seine Souveränität wiedererlangt.

Diese Tatsache müsse auch syrische Flüchtlinge aufhorchen lassen. Anhand einer Landkarte können sich syrische Jugendliche z. B. darüber informieren, welche Nachbarländer Syrien hat. Anhand des deutschen Beispiels sei erkennbar, dass ein politischer Aussöhnungsprozess unter Einbeziehung aller Nachbarländer und weiterer beteiligter Großmächte auch in Syrien sehr lange dauern könne. Das sei ein Hinweis für diejenigen, die jetzt als jugendliche Flüchtlinge zu uns kommen, dass sie sich zunächst einmal in diesem neuen Land integrieren und beide Seiten aufeinander zugehen müssen. Deutschland müsse jedoch auch seinerseits viel für eine Integration gerade der älteren Jugendlichen tun, um einer evtl. Radikalisierung (z. B. durch Einsatz für den sog. IS) vorzubeugen. Dieses Projekt sei geeignet für alle Schulen, an denen ältere ausländische Jugendliche mit fortgeschrittenen Deutschkenntnissen unterrichtet würden. Evtl. könnten auch im Rahmen der Freizeitgestaltung gemeinsame kleine Arbeitsgruppen gebildet werden, die aus jeweils ca. 5 syrischen und deutschen Jugendlichen der Schule bestehen, in der sie in einer Auffangklasse untergebracht sind.

Das zweite Projekt baue auf die von Hans Röttger verfasste und vom Stadtarchiv Rheine herausgegebene Broschüre "Rheine - unsere Stadt" auf, in der die Entwicklung der Stadt und das heutige Rheine für Jugendliche verständlich erklärt werden. Wer hier eine neue Heimat finden wolle, der müsse seine neue Stadt zunächst einmal entdecken. Dazu sei dieses Heft gut geeignet. Es könne als Grundlage für Gespräche in kleineren Arbeitsgruppen mit Jugendlichen dienen, die dadurch ihre neue Stadt besser kennenlernen könnten. Man wolle sich bemühen, wenigstens einige Kapitel demnächst auch in arabischer Sprache anbieten zu können, vielleicht auch durch die Mithilfe arabisch sprechender Eltern. Außerdem baue man auf deutsche Schüler, die evtl. auch durch eine Übersetzung einiger Details in Englisch zu einem besseren Textverständnis beitragen könnten.

Im Rahmen dieses Projektes könnten z. B. folgende Veranstaltungen geplant werden: ein Zoobesuch, eine Fahrradtour zum Heimathaus, wobei sich dadurch ein Anhaltspunkt ergäbe, den Jugendlichen zunächst die Verkehrsregeln in Deutschland zu erklären. Bei einem Besuch im Rathaus könnten die Teilnehmer evtl. durch den Bürgermeister eine kurze Einführung in grundlegende Spielregeln der Demokratie erhalten.

Durch diese Projekte werde insgesamt ein wachsendes Verständnis auf beiden Seiten gefördert, und die Chance für die Langfristigkeit einer echten Integration gesteigert. (näheres zur Arbeit der GSP s. Anlage 1).

Herr Kassem bedankt sich bei Herrn Franz und betont abschließend, der Vortrag habe gezeigt, dass es nicht reiche, diesen jungen Menschen eine Unterkunft zu geben, man müsse sie auch in gesellschaftliche Vereine und Institutionen aufnehmen. Sofern sich in Zukunft Kooperationsmöglichkeiten ergäben, sei der Integrationsrat stets zu einer Zusammenarbeit und Mithilfe bei den Projekten bereit.

6. Migrationsbeauftragter - Fortschreibung Integrations- und Migrationskonzept

0:47:30

Herr Gausmann teilt mit, es habe im Januar zu der Thematik Migrationsbeauftragter auf der einen Seite und der Frage der Fortschreibung des Integrations- und Migrationskonzeptes auf der anderen Seite ein Gespräch stattgefunden. Beteiligte waren Herr Bürgermeister Lüttmann, die Fraktionsvorsitzenden der Parteien, der Vorsitzende des Sozialausschusses, Herrn Berardis und der Vorsitzende des Integrationsrates, Herrn Kassem.

Da der Beschluss des Integrationsrates vom Dez. 2015 zur Bildung eines Teams aus verschiedenen Gründen nicht umgesetzt werden konnte, hätten sich alle Beteiligten im Januar darauf verständigt, dem Rat zu empfehlen, Herrn Kamal Kassem für zunächst 1 Jahr zum Migrationsbeauftragten zu ernennen. Dieser Empfehlung sei der Rat in der vergangenen Woche gefolgt. Gleichzeitig solle aber auch das Migrations- und Integrationskonzept im diesem Jahr fortgeschrieben werden, denn das Konzept aus dem Jahre 2007 sei zwar nach wie vor in vielen Elementen weiterhin richtig, aber in einigen Passagen auch dringend überholungsbedürftig. Man habe deshalb bei der Sitzung des Runden Tisches beschlossen, sich gemeinsam mit dem Integrationsratsvertreter, mit allen im Rat vertretenen Parteien, mit den in der Migration tätigen Institutionen und Vereinen und auch unter Beteiligung ehrenamtlicher Institutionen der Thematik Migrations- und Integrationskonzept intensiv zu widmen, um die Fortschreibung zukunftsfähig gestalten zu können. Besonders wichtig sei dabei eine aktive Mitwirkung des Integrationsrates, denn Integration müsse mit den Betroffenen gemeinsam entwickelt und definiert werden.

Anschließend entwickelt sich eine lebhafte Diskussion zum Thema. So beklagt Frau Dursun dass selbst die Mitglieder des Integrationsrates erst aus der Presse erfahren hätten, dass Herr Kassem zum Migrationsbeauftragten ernannt wurde.

Herr Gausmann erläutert, ein Migrationsbeauftragter könne nur wirken, wenn es einen breiten politischen Rückhalt für diese Funktion gebe, denn er habe überparteilich zu agieren. Diesen politischen Rückhalt habe es in den beiden letzten Sitzungen des Integrationsrates und auch im Sozialausschuss - wo die Verwaltung eine entsprechende Vorlage zurückgezogen habe - für die infrage kommenden Personen nicht gegeben. Deshalb habe man sich letztlich im Einvernehmen mit den politischen Entscheidungsträgern für diese Zwischenlösung bis Februar 2017 entschieden. Anschließend könne man hoffentlich eine politisch tragfähige

Lösung finden, die dann bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode Bestand habe. Ob sich im Rahmen des Migrations- und Integrationskonzeptes daraus eine Team-Lösung oder eine Einzellösung entwickle, hänge von der Konzeptionsgestaltung ab.

Frau Dursun bittet darum, in Zukunft die Mitglieder des Integrationsrates rechtzeitig über weitere Schritte zu informieren, damit eine aktive Mitwirkung möglich sei.

Herr Berardis betont, man habe sich bei den Entscheidungen strikt an die Vorgaben der Gemeindeordnung gehalten. Er sei sehr dankbar, dass Herr Kassem sich bereit erklärt habe, die Aufgabe für 1 Jahr zu übernehmen.

Herr Kassem legt dar, dass er der Übernahme dieser Aufgabe nur ungern zugestimmt habe, er habe jedoch die Notwendigkeit dazu erkannt. Seine Berufung als Migrationsbeauftragter sei mit sehr viel Arbeit verbunden, denn in nur einem Jahr müsse ein komplettes Konzept vorgelegt werden. Ohne die Zustimmung der Mitglieder des Integrationsrates werde er das Amt nicht übernehmen. Er bittet ausdrücklich um Unterstützung bei der Erarbeitung des Konzeptes, damit man dem Rat in einem Jahr ein einstimmig beschlossenes aktualisiertes Konzept und einen Vorschlag zur Besetzung der Stelle des Migrationsbeauftragten vorlegen könne.

Frau Dursun stellt klar, dass sich ihre Einwände absolut nicht gegen die Person von Herrn Kassem richteten. Sie sei lediglich enttäuscht über die unzureichende Information der Mitglieder des Integrationsrates auf dem Weg zu den jetzt getroffenen Entscheidungen.

Herr Gausmann hebt hervor, das Migrations- und Integrationskonzept sei nur gemeinsam mit dem Integrationsrat zu entwickeln. Deshalb ergehe die Bitte an den Integrationsrat, sich aktiv an der Weiterentwicklung und Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes zu beteiligen, damit man gemeinsam mit anderen Institutionen dann zu einem guten Ergebnis komme. Integration sei eine herausgehobene und zentrale Aufgabe der nächsten Jahre.

Herr Kassem ergänzt, in der nächsten Sitzung werde er die Verwaltung bitten, das bisherige Migrations- und Integrationskonzept aus dem Jahre 2007 den Mitgliedern des Integrationsrates zuzusenden. Gleichzeitig bittet er um Vorschläge für Korrekturen, Ergänzungen und evtl. Änderungen dieses bisherigen Konzeptes. Abschließend erklärt er, sofern die Anwesenden mit der Entscheidung des Rates einverstanden seien, werde er die Aufgabe des Migrationsbeauftragten übernehmen. Dazu gibt es keine Einwände.

7. Aufbauorganisation "Migration und Integration"

1:17:00

Herr Gausmann führt aus, es habe bisher eine unterschiedliche Zuständigkeitsregelung im Rahmen des Rathauses gegeben, z. B. bei der ausländerrechtlichen Behandlung von Flüchtlingen und von Personen mit Migrationshintergrund. Das sei einmal die Ausländerbehörde und zum anderen die Beratung durch Sozialarbeiter der Fachstelle Migration. Der Rat habe in der vergangenen Woche formal

beschlossen, die Produktgruppe 35 aus dem Dezernat I in das Dezernat II, Fachstelle Migration, zu verlegen.

Das bedeute, dass nun die ausländerbehördlichen Angelegenheiten, die Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die sozialarbeiterische Betreuung ab dem 01.03.2016 in einer Organisationseinheit zusammengefasst seien. Damit werde die Migrations- und die Integrationsarbeit als zentrale Organisationsaufgabe im Dezernat II gebündelt. Hinzu komme auch eine Koordinierungsstelle für Flüchtlinge. Rheine habe sich bewusst dafür entschieden, diese Aufgaben in nur einer Organisationseinheit zu betreiben und das Projekt nicht als ordnungsrechtliche Fragestellung, sondern als sozialarbeiterische bzw. sozialpolitische Fragestellung zu definieren.

Herr Kassem begrüßt diese Änderung als positive Entwicklung. Der Integrationsrat sehe darin seine aktive Teilhabe an der Zusammenarbeit mit den Fraktionen, der Verwaltung und Herrn Lüttmann als neuem Bürgermeister bestätigt. Man wolle auch bei der weiteren Entwicklung tatkräftig mitarbeiten.

8. Einwohnerfragestunde

1:23:25

Es gibt keine Anfragen.

9. Berichte aus den Ausschüssen, aus den Arbeitskreisen des Integrationsrates und dem Landesintegrationsrat NRW

1:24:10

Frau Tiryaki berichtet von der Sitzung der **Kommunalen Gesundheits- und Pflegekonferenz** des Kreises Steinfurt. Sie habe sich dort vorgestellt als Vertreterin des Rheiner Integrationsrates und insgesamt einen sehr positiven Eindruck von diesem Gremium gewonnen. Man habe sie auch bereits für die nächste Sitzung im Oktober 2016 eingeladen und betont, sofern es aus Rheine Fragen gebe, die den Bereich der Gesundheits- und Pflegekonferenz betreffen, könnten diese jederzeit gestellt werden.

Herr Berardis regt an, den Bereich 'Pflege für ältere hier ansässige Migranten' in der Konferenz zu thematisieren. Können kulturelle Gewohnheiten beibehalten werden, z. B. mehrfaches tägliches Beten bei Muslimen, Essensgewohnheiten usw.? Frau Tiryaki erklärt, sie werde dieses Thema bei der nächsten Pflegekonferenz ansprechen. Im übrigen betreffe dieses Thema ja nicht nur ältere Menschen, sondern oft auch bereits junge Leute mit körperlichen Einschränkungen oder schweren Erkrankungen. Nach ihrer Erfahrung gingen jedoch die Seniorenheime in Rheine durchaus auf diese Besonderheiten ein.

Frau Dursun spricht das Thema "Schwimmen als Rehabilitation" an, und zwar im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit es für weibliche ausländische Kurgäste möglich sei, diese Therapie geschlechtergetrennt und möglichst mit einer weiblichen Therapeutin durchzuführen. Nach Erfahrungen aus dem Bekanntenkreis sei das in den meisten Kliniken nicht möglich, es werde dann oft eine Ersatztherapie

angeboten. Sie bittet Frau Tiryaki, dieses Thema doch auch bei der nächsten Sitzung anzusprechen.

Herr Kassab Bachi berichtet zu diesem Thema aus seiner beruflichen Praxis als Ergologe und Physiotherapeut, dass die Patienten entscheiden könnten, ob ein Mann oder eine Frau die Therapie durchführen solle. Es gebe hier inzwischen weitgehend bereits die Möglichkeit zu wählen.

Frau Tiryaki verweist noch auf ein Angebot in Rheine, es gebe einmal wöchentlich ein Schwimmangebot nur für Frauen, durchgeführt von einer Bademeisterin.

Als weiteres notwendiges Angebot würde Frau Dursun die Einrichtung eines Gebetsraumes in Kliniken und Rehabilitationszentren begrüßen. Herr Gausmann teilt dazu mit, im Mathiasspital in Rheine gebe es bereits einen solchen interreligiösen Begegnungs- und Gebetsraum. Des Weiteren sagt er zu, er werde diese Themen möglichst bei der nächsten Gelegenheit gegenüber Vertretern von Krankenkassen möglichst ansprechen.

Herr Kassab Bachi möchte wissen, ob in Rheine Essensmarken für Flüchtlinge ausgegeben werden. Frau Heufes verneint das, den Flüchtlingen werde Bargeld ausgezahlt.

Herr Gausmann teilt mit, in der nächsten Sitzung des Sozialausschuss werde es einen Antrag der SPD-Fraktion geben auf Einrichtung eines **Sprachzentrums**. Sofern diesem Antrag zugestimmt werde, solle er im Rahmen des Integrations- und Migrationskonzeptes bearbeitet werden.

10. Verschiedenes

1:37:30

Herr Berardis schlägt vor, die Mitarbeiter des **Stadtteilmanagments 'Dorenkamp'** evtl. zur nächsten Sitzung einzuladen, um über ihre Arbeit zu berichten, vor allem im Hinblick darauf, dass im Stadtteil Dorenkamp viele Migranten leben.

Frau Dursun erinnert an die Erledigung einer in der vorherigen Sitzung vorgetragenen Beschwerde betr. des **muslimischen Friedhofs**. Herr Kassem antwortet, man wolle im Rahmen einer der nächsten Sitzungen den muslimischen Friedhof besuchen, es sei jedoch ratsam, diesen Besuch bei besserem Wetter und später einsetzender Dunkelheit erst während der Sommerzeit durchzuführen.

Frau Dursun erkundigt sich, ob es bereits einen Nachfolger für Herrn Gausmann als Fachbereichsleiter gebe. Herr Gausmann verneint das. Im Rahmen der Umorganisation der Verwaltung werde es wahrscheinlich einen neuen **Fachbereichsleiter 'Bildung, Jugend, Familie und Soziales'** geben. Die Stelle sei bis jetzt jedoch noch nicht ausgeschrieben worden. Ob dieser neue Fachbereichsleiter dann auch an den Sitzungen des Integrationsrates teilnehmen werde, sei noch offen. Zunächst müsse entschieden werden, wie die Fachstelle Migration und Integration organisatorisch eingebunden werde. Evtl. gehöre sie demnächst direkt

zum Dezernat II, d. h. dann werde er selbst weiterhin an den Sitzungen des Integrationsrates teilnehmen.

Herr Kassem informiert, dass sich die **Moschee an der Elter Straße** vergrößert habe, es sei ein Umbau vorgenommen worden. Der Imam der Gemeinde habe ihn bereits informiert, man werde die Mitglieder des Integrationsrates nach Beendigung der Umbauarbeiten zu einer Besichtigung der Räumlichkeiten einladen.

Ende der Sitzung:

18:45 Uhr

Kamal Kassem
Integrationsratsvorsitzender

Walburga Yügrük
Schriftführerin